



## Haushaltsplan der Stadt Bruchsal 2011

**Präsentation der FDP Fraktion zum Haushalt  
mit Beschlussanträgen zur GR-Sitzung vom 14.12.2010**

**Armin Rupalla, Bruchsal, 14.12.2010**

Das durch das neue Haushaltsrecht angestrebte Ressourcenverbrauchskonzept gebietet, dass künftige Generationen nicht die Schuldenlast der heutigen Generation zu tragen haben.

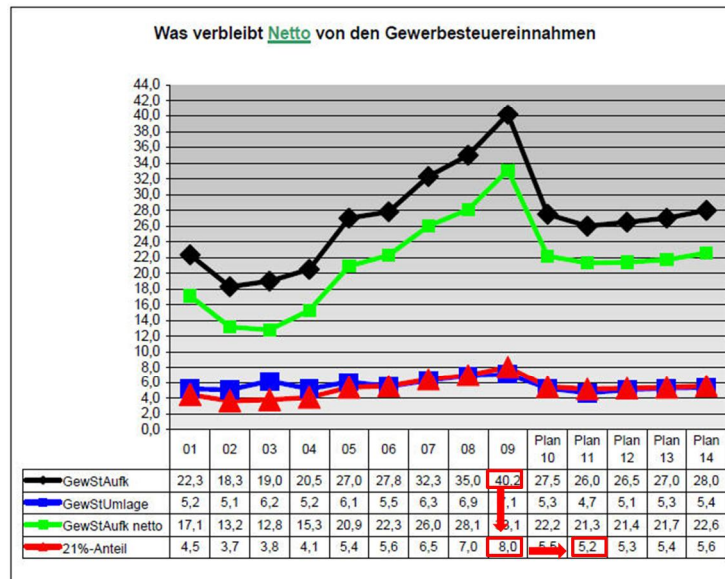
Unsere Meinung:

Soziale Gerechtigkeit ist aber nicht nur eine Angelegenheit im jetzt, sondern auch eine Angelegenheit zwischen den Generationen.

Wir können der nächsten Generation nicht noch mehr Lasten aufbürden, da diese bereits volkswirtschaftlich mehr Lasten (Renten, Schulden) tragen als alle Vorgängergenerationen der Nachkriegszeit.

Die Stadt Bruchsal muss sich auf ihre Pflichtaufgaben konzentrieren und freiwillige Leistungen und Projekte zurückstellen. Investitionen in Schulen, Bildung Kindergärten ja!

Aber wir können keine Millionen in die Komfortverbesserung von ÖPNV, d.h. den Wechsel von Bussen auf die Schiene, investieren solange wir unsere Pflichtaufgaben nicht angemessen erfüllen.



FDP Gemeinderatsfraktion

Im Vorbericht wurden zahlreiche Gründe für die aktuelle Situation im Haushalt dargelegt. 2005 haben wir bereits klare Handlungsanweisungen der GPA erhalten, die genau diese Entwicklung verhindern sollte. Die extrem hohen Steuereinnahmen der dem Jahr 2005 folgenden Jahre hat aber viele Entscheider geblendet. Unser Probleme sind wie die GPA deutlich herausgearbeitet hat:

- zu hohe Personalkosten
- zu hohe Ausgaben für freiwillig auferlegte Leistungen
- zu hohe Ausgaben für Sachleistungen und Dienstleistungen

Die Verringerung der Gewerbesteuer zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2011 wirkt sich im Ergebnishaushalt nur begrenzt aus:

- Die Mindererträge von 15 Mio. Euro an Gewerbesteuer treffen die Stadt im Ergebnis mit weniger als 3 Mio. Euro. Hieraus ist das hohe Haushaltsdefizit nicht ableitbar.
- Wir können aber starke Auswirkungen auf die Liquidität der Kasse absehen, falls der aktuelle positive wirtschaftliche Trend nicht anhält. Die bedeutet wir müssen schnell reagieren und können uns keine weitere 12 Monate des Wartens nicht leisten.

1. Mittelfristigen Schätzung ordentliche Erträge (Durchschnitt)	+80 Mio. Euro
2. Aufwendungen im Ergebnishaushalt (Durchschnitt)	- 86 Mio. Euro
3. Erhöhung der Aufwendungen aus laufender Investitionen und vermehrter Kreditaufnahme	- 1,5 Mio. Euro
4. Erhöhung der Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	- 2,5 Mio. Euro
<b>Strukturelles Defizit im Ergebnishaushalt</b>	<b>ca. 10 Mio. Euro</b>

*Jetzt möchte ich eine wichtige Auszüge aus dem Vorbericht zitieren:*

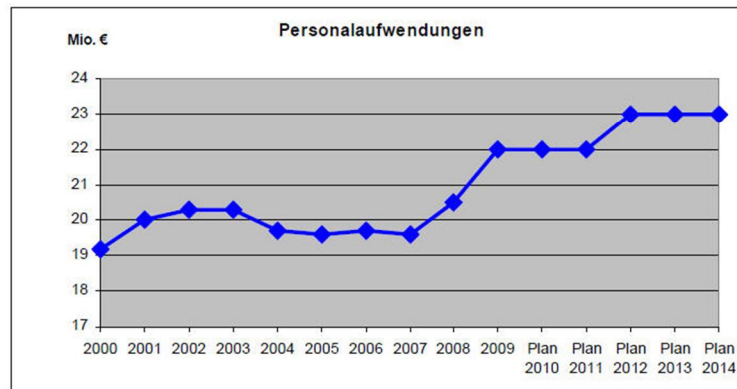
*„Gemessen am bisherigen Tiefststand wird deutlich, dass damit auch mittelfristig keine Entspannung in der kommunalen Finanzsituation zu erwarten ist.“*

Für diese Aussage im Vorbericht muss eine Ursache identifiziert werden. Und die Ursache ist eine strukturelles Problem, dass wir auch durch reduzierte Investitionen nicht beseitigen können:

- Der Stadt stehen in den kommenden Jahren nach der mittelfristigen Schätzung der Stadtkämmerei im Schnitt knapp über +80 Mio. Euro an ordentliche Erträge zur Verfügung.
- Die Aufwendungen im Ergebnishaushalt liegen - 86 Mio. Euro im Schnitt um oder höher.
- Erhöhung der Aufwendungen im Ergebnishaushalt aufgrund laufender Investitionen und vermehrter Kreditaufnahme - 1,5 Mio. Euro
- Erhöhung der Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen - 2,5 Mio. Euro

**Das Strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt beträgt also ca. 10 Mio. Euro**

*Dabei wurden z.B. in 2011 Gebäude- und Strassenunterhaltung nahezu auf Null gesetzt (Ausnahme bestehende Verträge)*



*Weitere Personalstellen in den Tochterunternehmen:*

- Stadtwerke: 45 Stellen
- Stadtbus GmbH: 2 Stellen
- BTMV: 18 Stellen
- Abwasserbeseitigung: 16 Stellen
- Wohnungsbau: 8 Stellen
- Wirtschaftsförderung: < 1 Stelle anteilig

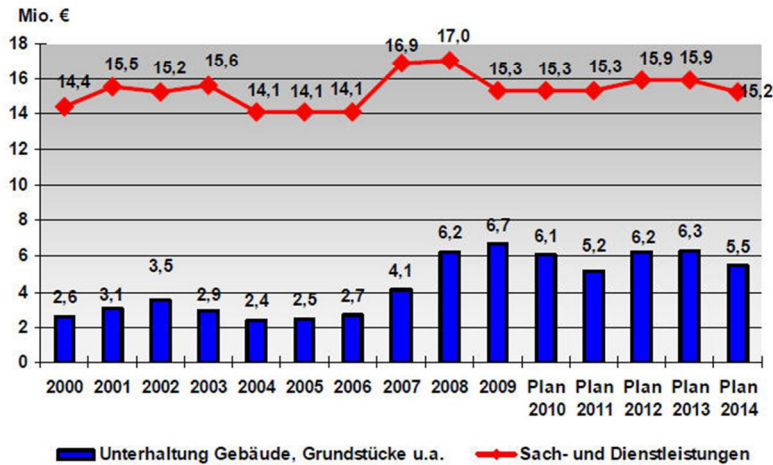
**Die Frage ist jetzt, wie können wir diese strukturellen Defizite reduzieren?**

Die Stadt Bruchsal hat im Landesvergleich überdurchschnittliche Personalkosten und das obwohl zahlreiche Aufgaben von Mitarbeitern in den städtischen Tochterunternehmen erbracht werden.

Auch der Ausbau aus Bildung und Kinderbetreuung hat in der Stadt Bruchsal kaum Auswirkung auf die Personalkosten, da die Kindergärten nicht als kommunale Kindergärten geführt werden. Die Personalkosten und die Personalzahl steigen jedoch weiter an.

Wir haben der Stadtverwaltung im November eine umfangreichen Fragenkatalog zur Themenbereich Personal zugesandt, der implizit konkrete Vorschläge zur künftigen Personalentwicklung enthält. Diese sind in den kommenden Wochen zu prüfen, denn wir sind überzeugt, dass wir bei einer rechtzeitigen Planung eine sozialverträglichen Umbau der Verwaltung vollbringen können.

Das es in der öffentlichen Verwaltung geht, hat das Landratsamt dieses Jahr gezeigt. Es wurde eine kurzfristige Senkung und mittelfristige Begrenzung der Personalaufwendungen bereits mit ersten Maßnahmen umgesetzt.



FDP Gemeinderatsfraktion

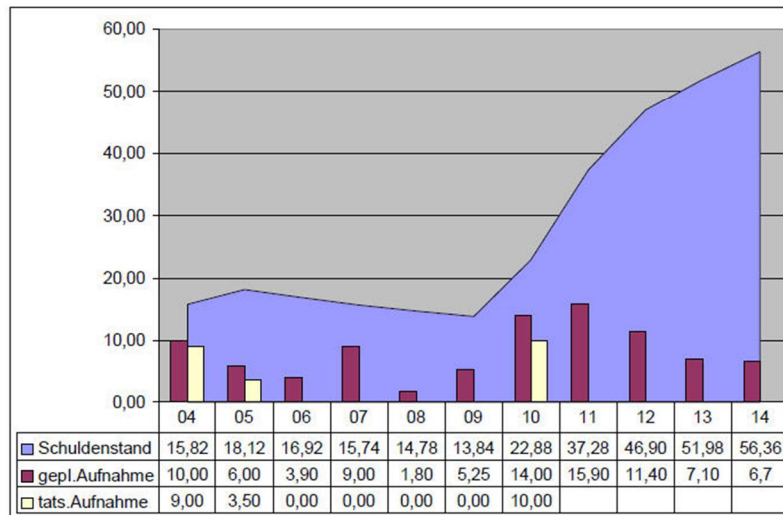
Der zweite Bereich, den wir angehen müssen sind die Sach- und Dienstleistungen.

- Diese Position muss durch eine intelligente Nutzung vorhandener städtischer Ressourcen optimiert werden. Als Beispiel sind hier die Ansätze von Herrn Holoch zum Facility-Management zu nennen.
- In den Fachabteilungen werden externe Ingenieurdienstleistungen in Anspruch genommen, z.B. für die Hoch- und Tiefbauprojekte), die in Sach- und Dienstleistungen enthalten sind. Diese müssen mit den rückläufigen Investitionen ebenfalls deutlich sinken.
- Ein Beispiel für vermeidbare Ausgaben in 2011 sind die Planungen zur Standardisierte Bewertung zur Stadtbahn. Uns allen ist klar, dass angesichts der aktuellen Haushaltslage in Bruchsal und im Landkreis Karlsruhe ein Investitionsanteil von 50 Mio. Euro nicht darstellbar ist. Wir sind der Meinung das Ingenieurleistungen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn machen.

Insbesondere deswegen, da sich die Fahrgastzahlen im nördlichen Landkreis durch die kommende Linie nach Germersheim noch ändern wird und hier die Entwicklung in der Bewertung berücksichtigt werden sollte.

Neben der diskutierten Sinnhaftigkeit sind wir nicht bereit Geld für eine Studie auszugeben, bei der bereits bei der Durchführung feststeht, dass das Zahlenmaterial zu den Fahrgästen innerhalb kürzester Zeit überholt ist. Wir beantragen die ggf. in 2010 für die Studie bereits verfügten oder die für 2011 vorgesehenen Mittel aus dem Haushaltsplan 2011 zu streichen. **Wir geben den Kindergärten den Vorrang vor einer „Komfortverbesserung“ im ÖPNV. Das ist ein Luxusproblem!**

Haushaltsplan 2011:  
*Kommentierung des Vorberichtes zum Haushaltsplan*



FDP Gemeinderatsfraktion

Wie bereits erwähnt, ist das ausschließliche Reduzieren von Investitionsausgaben in keinsten Weise ein ausreichendes Mittel um unsere Haushaltsprobleme mittel- und langfristig zu verringern.

Von den 41 Mio. Euro an Kreditaufnahmen im Zeitraum 2011-2014 müsste mehr als die Hälfte aus einer erwirtschafteten Abschreibung im Ergebnishaushalt abgedeckt werden.

Und das wenige realisierbare Vermögen (veräußerbare Vermögenswerte) wird bereits zum Teil benötigt um den „Betrieb“ der Stadt zu finanzieren und die Tilgung zu leisten.

- Die Ausgaben für Investitionen betragen 20,2 Mio. Euro
- Die Einnahmen aus Investitionstätigkeit beträgt 4,3 Mio. Euro
- Die Nettokreditaufnahme für Investitionen beträgt 14,4 Mio. Euro
- Zuzüglich dem Verkauf von Grundstücken mit einem Werteverzehr von 2,9 Mio. Euro (2,9 Mio. Euro davon nur 1,5 Mio. Euro Tilgung)

- Die Finanzierungsplanung im Haushaltsplan 2010 für den Planungszeitraum 2011-2013 sah eine teilweise Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs ab 2012 vor. Durch die aufgezeigten Umstände gelingt dies bis 2014 leider nicht mehr. **Die Konsolidierung des Ergebnishaushaltes erhält daher zukünftig einen immer höheren Stellenwert zu.**
- **Dennoch verbleibt ein strukturelles Defizit, das** vor dem Hintergrund für die Unterhaltung und Sanierung der städtischen Infrastruktur sowie den steigenden Belastungen aus dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung **dringend beseitigt werden muss.**

Die FDP kann hat sich immer wieder gegen neue Ausgaben für freiwillig auferlegte Aufgaben gewehrt. Wir sehen die Notwendigkeit Pflichtaufgaben (z.B. Bildung und Kleinkinderbetreuung) zu priorisieren. Wir können z.B. nicht freiwillige Aufgaben übernehmen (z.B. Stadtbahnausbau oder einzelne Schwimmbadbesuche mit 30 Euro pro Besuch subventionieren), wenn wir dann Brücken teilweise sperren müssen und Kindergärten nicht bauen können.

Wir haben in den vergangen 12 Monaten gegen viele Investitionen in nicht Pflichtbereichen gestimmt. Und so können wir die Haushaltspolitik der vergangenen 12 Monate auch nicht mittragen:

- Personalmanagement: Erhöhung Personalanzahl und zahlreiche kurzfristige Beförderungen
- Ressourcenverbrauch für das neue Großprojekte Bahnstadt mit den Siedlungsfolgekosten und die Stadtbahn (Planungen, Investition und Betriebskosten) bei zahlreichen offenen Problemen (*Geothermie, Stadtbus, IU und Woba*)
- Finanzinvestitionen durch Konzerntöchter
- Nicht effizientes und nicht zielorientiertes Stadtmarketing durch zwei verantwortliche Organisationseinheiten der Stadtverwaltung und BMTV (*z.B. Offerta*)
- Ausgabenerhöhung durch Leistungsausweitung bei laufenden Investitionen (*z.B. Außenbereich Marktplatz*)

- 1. Die FDP stimmt der Haushaltssatzung nicht zu, da mit einer Zustimmung viele Fehlentscheidungen der vergangenen Monate manifestiert werden. Die Ablehnung des Haushaltes ist ein demokratisches Mittel zur Erzielung von notwendigen Korrekturen.**
- 2. Wir beantragen die Mittel für die Standardisierte Bewertung in 2011 zu streichen und am Thema Stadtbahn und Bahnstadt erst nach einer erfolgreichen Arbeit der Haushaltsstrukturkommission (somit frühestens in 2012) erneut zu diskutieren.**
- 3. Wir werden dem Haushalt erst zustimmen, wenn wir in der Haushaltsstrukturkommission ein überzeugendes Handlungskonzept verabschiedet haben.**

- Die FDP fordert von der Haushaltsstrukturkommission ein klares politisches Handlungskonzept. Ein Haushaltsstrukturkonzept (gem. GemO §80 Haushaltsplan, Absatz 3), das die nachfolgend aufgeführten Vereinbarungen erfüllt oder in gleicher Qualität ersetzt, um die strukturellen Defizite des Verwaltungshaushaltes aufzuheben:
- Die Personalausgaben der Stadt Bruchsal werden mittelfristig mit 22 Mio. Euro gedeckelt (*Einsparung=0, aber keine Ausgabensteigerung*)
  - Die Ausgaben für Sport, Kultur und Freizeit (inkl. Konzerntöchter) werden mit 10 Mio. Euro gedeckelt (*Einsparung ca. 2,0 Mio. Euro*)
  - Deckelung der Zuschüsse bzw. Quersubventionen bei verbundene Unternehmen mit 4 Mio. Euro (*Einsparung ca. 0,5 Mio. Euro*)
  - Deckelung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 14 Mio. Euro (*Einsparung ca. 1,3 Mio. Euro*)
  - Deckelung des Ausgaben für ÖPNV im Konzern (*Einsparung=0, aber keine Ausgabensteigerung*)
  - Mittelfristige Investitionssperre für Vorhaben, die nicht zur Erfüllung von Pflichtaufgaben dienen (*Einsparung ca. 1 Mio. Euro durch verringerte Abschreibung und Zinszahlungen*)
- Insgesamt würden damit das strukturelle Defizit im Haushalt mittelfristig im Schnitt um 5,0 Mio. Euro gemindert werden!*